

Berliner Tageblatt

Nr. 51

und Handels-Zeitung

Montag, 31. Januar 1927

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Möse in Berlin.

Thüringische Rechtsmehrheit gebrochen. Stimmzunahme der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei. — Verluste der Rechts- parteien und Demokraten.

Der gestrige Wahltag.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Weimar, 31. Januar.

Die gestrigen Landtagswahlen in Thüringen haben nach den vorläufig schätztesten Stimmziffern folgendes Ergebnis gebracht:

| Stimmzahl | Mandate | Reichs- tag- wahl v. 7. Dez. 1924 | 333 530 |
|--|---------|---|---------|
| Einheitsliste (Deutschnat. Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Landbund u. Zentrum) | 270 526 | 19 | 333 530 |
| Rechtspartei des Deutschen Mittelstandes | 75 500 | 5 | 22 377 |
| Deutschnat. Freiheitsbeweg. | 9 147 | 1? | — |
| Nationalsoz. Arbeiterpartei | 27 918 | 2 | 84 893 |
| Deutschnat. Partei | 25 126 | 2 | 35 686 |
| Rechtspartei für Volkserwerb und Anheuerung | 22 454 | 1 | — |
| Sozialdemokratische Partei | 252 751 | 18 | 250 364 |
| Kommunistische Partei | 113 470 | 8 | 107 830 |
| Kommun. Arbeitsgemeinsch. | 3 380 | — | — |

Die großen Ueberrassungen bei der gestrigen Landtagswahl in Thüringen, auf die man allgemein rechnete, sind ausgeblieben. Wohl hat der alte Ordnungsbund, die jetzige Einheitsliste, einen Verlust von 42 000 Stimmen zu tragen, die zum Teil wohl auf die Wirtschaftspartei und die Sparrer übergegangen sind. Ohne das Vorhandensein dieser Gruppen würde ein Verlust des Ordnungsbunds, der sich aber dann bei weitem nicht so stark ausgewirkt hätte, den Demokraten zugute gekommen sein. Zu verzeichnen ist auch ein Verlust der Demokraten, die unter nicht ungünstigen Bedingungen

in den Wahlkampf gezogen waren. Viele ihrer bisherigen Anhänger sind ebenfalls zur Wirtschaftspartei gegangen; aber die Tatsache, daß sich die Demokraten auch im Kreise Eisenach-Sonneberg, wo der ausgesprochene Wirtschaftsfreund und -politiker Syndikus Glöckner, der die ganze Spielwarenindustrie in Thüringen hinter sich hat, aufgestellt war, nicht auf dem Bestand von 1924 halten konnten, muß zu Bedenken Anlaß geben. Dieser Kreis, der immerhin noch die beste demokratische Organisation aufweist, brachte nur 9263 Stimmen auf gegen 11 539 am 7. Dezember 1924. Wo die Gründe für das Zurückgehen der demokratischen Stimmen liegen, wird sich ungewiß feststellen lassen. Eine gewichtige Rolle spielte dabei in Thüringen auch die Verführung, die Demokraten bei einer Stärkung der beiden sozialistischen Parteien mit diesen eine Regierungsgemeinschaft bilden würden.

Gebrochen ist der entscheidende Einfluß des rechtsradikalen Flügels, aber auch den Sozialdemokraten und Kommunisten ist es trotz günstiger Bedingungen nicht gelungen, eine Linksmehrheit zu erreichen. Damit ist das Kräfteverhältnis in Thüringen einwandfrei festgelegt. Die Linke wird kaum jemals in die Lage kommen, einen Wahlkampf unter günstigeren Bedingungen zu führen als diesen letzten. Wenn sie trotzdem in der Verbindung bleiben, so ist das für die Sozialdemokratie ein Beweis, daß die 1922 erreichte geringe Mehrheit nur einem Zufall zuschreiben war. Dasselbe gilt für die bürgerlichen Parteien. Wie sich die Wirtschaftspartei, von der zwei der neuen Abgeordneten schon im alten Landtag unter dem Ordnungsbund verteilt waren, zur Regierungsbildung stellen wird, steht noch nicht fest. Sicher wird sie weit nach rechts neigen, wenn nicht die drei neu einziehenden Wirtschaftsbereiter den Ausschlag geben und einer gemäßigten Politik zuhelfen. Die Sparrer haben verhältnismäßig schlecht abgeschnitten, denn nach dem Ausgang der Sachtemplein hätte man für sie mit mindestens zwei Abgeordneten gerechnet. Der geringe Erfolg dürfte wohl auf den äußerst harten persönlichen Kampf zurückzuführen sein, der von der Rechten gegen den Spitzenkandidaten der Aufwertungspartei, den früheren altbayerischen Minister Härtl, geführt wurde. (Einzelresultate siehe Seite 2.)

Quittung für 3 Jahre Rechtsblock.

Das Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen.

Dr. Karl Eugen Müller.

In den gleichen Tagen, in denen dem Reich nach langen Mühen eine Rechtsregierung beschert worden ist, haben im Lande Thüringen, das seit drei Jahren unter der Herrschaft eines Rechtsblocks stand, Landtagswahlen stattgefunden, die als eine ernste Lehre und Warnung wirken könnten —, wenn sich jemand noch belehren und warnen lassen wollte. Ihr wichtigstes Ergebnis ist dies: Die bisherige Regierungskoalition des Thüringer Landes hat eine schwere Niederlage erlitten: ihre Mehrheit ist gebrochen; die Oppositionsparteien haben im neuen Landtag eine klare Mehrheit von drei Mandaten gegenüber den Parteien, auf die sich die bisherige Regierung stützte.

Der letzte Thüringer Landtag stammte aus dem Wahltag, die im Februar 1924 stattgefunden hatte. Damals hatte das Land ein paar Jahre sozialistischer-kommunistischer Alleinherzhaft hinter sich, die in der Militärherrschaft des Ausnahmezustandes ihre Ende gefunden hatten. Der „Vorwärts“ hat nach jenen Wahlen den thüringischen Sozialdemokraten die bittere Wahrheit gesagt, daß sie ihr Schicksal selbst verschuldet hätten, indem sie jede Feindseligkeit gegenüber der kommunistischen Zerstörungspolitik vernichten ließen. Die offenkundige Mißwirtschaft, die in jenen Jahren geherrscht hatte, hatte in der Bevölkerung einen solchen Stimmungsumschwung hervorgerufen, daß selbst die Demokraten bei jenen Landtagswahlen sich der bürgerlichen Einheitsliste anschließen zu müssen glaubten. Sie haben diesen bedeutenden Schritt allerdings bald genug bereut; bereits im September des gleichen Jahres haben sie sich gezwungen, in offene Opposition gegen die von den Völkischen maßgebend beeinflusste Regierung zu treten. Bei den diesmaligen Wahlen sind sie natürlich wieder selbständig auf den Plan getreten.

Die „Einheitsliste“ der bürgerlichen Parteien hatte im Februar 1924 von insgesamt 879 000 Stimmen 423 000 auf sich vereinigt, zu denen noch die 81 000 Stimmen der Völkischen traten; die unter der Führung des hemmungslosen Demagogen Arthur Dinter auf die Regierung alsbald den härtesten Druck ausübten. Diesen rund 500 000 Stimmen standen die Sozialdemokraten mit 210 000 und die Kommunisten mit 162 000 Stimmen gegenüber. Rechnet man von der Stimmzahl der Regierungsparteien die Demokraten in Stärke von etwa 40 000 Stimmen ab, so standen damals immerhin 460 000 Reichsstimmen 410 000 Stimmen der Linken gegenüber. Dieses Verhältnis hat sich gestern entscheidend verkehrt. Die „Einheitsliste“ hat zusammen mit der Wirtschaftspartei und den beiden völkischen Splitterparteien nach der bisherigen Zählung nur rund 383 000 Stimmen aufgebracht. Die Linke einschließlich der Aufwertungspartei, die mit den Demokraten in Vorkombi Verbindung getreten war, hat insgesamt 416 000 Stimmen erzielt. Aus der Rechtsmehrheit von 50 000 Stimmen ist also eine Linksmehrheit von 30 000 Stimmen geworden.

Die Aufgabe, angefaßt dieser Machtverhältnisse dem Lande Thüringen eine neue Regierung zu geben, ist mit ähnlichen Schwierigkeiten behaftet, wie sie im benachbarten Sachsen herrschten. Es ist natürlich unüberlegbar, daß sich die Demokraten noch einmal auf das Experiment einlassen können, eine Rechtsregierung mitzumachen. Wessen ein Kabinett fähig ist, in dem zwar nominal die Deutsche Volkspartei die Führung hatte, der entscheidende Einfluß aber von den Völkischen ausgeübt wurde, hat ja die Regierung Leutheuer-Klüffner nur Genüge gezeigt. Ebenso unüberlegbar ist natürlich auch für die Demokraten, etwa in eine Regierungsgemeinschaft mit den Kommunisten einzutreten. Theoretisch läme also auch in Thüringen als beste Lösung die Bildung einer Großen Koalition in Betracht, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum, zu denen der Abgeordnete des Sparrerbundes treten würde und die Wirtschaftspartei wohl kaum eine unbedingte Oppositionstellung einnehmen würde. Jedenfalls wäre mit der Großen Koalition am ehesten eine überläufige Mehrheit und eine wirklich aufbauende Politik zu erreichen. Ihrer Bildung allerdings stehen in Thüringen wünschlich noch größere Hindernisse entgegen als anderswo. Die Deutsche Volkspartei Thüringens ist nicht nur ohnehin sehr rechts eingestellt, sondern auch durch die dreißigjährige Vorkombi mit den Deutschnationalen und dem Landbund so vielfachig kompromittiert, daß sie sich aus dieser Umklammerung nur um so schwerer wird lösen können. Zudem ist auch das Verhältnis zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten in Thüringen besonders gespannt, wobei namentlich viele Personalfragen eine Rolle spielen. Die Hoffnung, daß dem Lande in Gestalt der Großen Koalition endlich wieder eine Regierung zuteil wird, die sich — im Gegensatz zu ihren beiden Vorgängerinnen — von beiden Extremen gleichmäßig fernhält, ist also vorerst nur sehr gering zu bewerten; man muß wohl damit rechnen, daß ähnlich wie in Sachsen lange Zeit mit vergeblichen Experimenten verfahren wird, ehe sich die in Frage kommenden Parteien einig werden, die gegebenen Lösung bequemen.

Das Wahlergebnis gibt zu mancherlei Einzelbetrachtungen Anlaß. Für den Ausschlag, den die Wirtschaftspartei genommen hat, haben wohl alle Bürger-

Das Ringen um Graef.

Der rechte Flügel der Deutschnationalen möchte ihn halten. — Verstimmung gegen das Zentrum.

Die erste Kabinettsitzung.

Die Instruktionen für General Pawelz genehmigt. — Die deutschnationalen Minister halten sich fern — sie scheuen die Verantwortung!

Die neue Reichsregierung, die ja bis jetzt nur ein Kumpfkabinett ist, ist heute mittag unter Vorsitz des Reichsfinanzmarschalls zu ihrer ersten Kabinettsitzung. Die neu ernannten Minister, welche die Geschäfte noch nicht übernommen haben, nahmen an der Sitzung nicht teil. Die heutige Sitzung des neuen Kabinetts, die bei Schluß der Session noch endauert, ist ausserordentlich von größter Bedeutung. Zur Entscheidung steht die endgültige Regelung der Vermittlungsvorschläge des Generals v. Pawelz vor, die in Paris zwischen der Ausschafflerkonferenz und den deutschen Unterhändlern bei den gemeinsamen Beratungen vereinbart worden sind. Man hat auf beiden Seiten Kompromisse schließen müssen. Es ist wohl noch damit zu rechnen, daß nunmehr auch diese Frage zum Abschluß gebracht wird. Noch heute soll auf Grund des Kabinettschlußes in Paris die endgültige Entscheidung fallen.

Das Reichskabinett beendete seine Beratungen um 2 Uhr und genehmigte auf Grund der Vorschläge Dr. Stresemanns und Dr. Gehrers die Instruktionen für General v. Pawelz, auf deren Grundlage heute die Pariser Verhandlungen abgeschlossen werden sollen.

Abendschlieflich tritt morgen nachmittag das endgültige Kabinettschloß zusammen, um über die Regierungserklärung zu beraten.

Die Frage der endgültigen Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird heute abend geklärt sein. Der Reichspräsident will noch heute die vom Reichstag vorgeschlagenen Minister des Innern und der Justiz ernennen. Die entscheidende Fraktionsitzung der Deutschnationalen beginnt um 5 Uhr.

Der Fraktionsvorstand der Deutschnationalen im Reichstag trat heute vormittag um 11 Uhr zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen, um sich mit dem Jhr Graef zu beschäftigen. Die Verhandlungen, die vom Abg. Graf Westarp geleitet wurden, wurden streng vertraulich behandelt. Gegen die Beratung des Abg. Hergt in des neue Reichskabinetts bezieht ein energischer Widerspruch nicht mehr. Man wird sich auch mit Zentrum und in der Deutschen Volkspartei mit Hergt abfinden, wenn die Deutschnationalen den Abgeordneten Graef-Thüringen zum freiwilligen Ver-

zicht veranlassen. Darüber, ob das geschehen soll, gehen die Meinungen recht weit auseinander. Der rechte Flügel der Deutschnationalen, der auch im Fraktionsvorstand vertreten ist, ist über den Einbruch des Zentrums sehr ungelassen. Dieser radikale Flügel der Deutschnationalen will die Kandidatur Graef-Thüringen aufrechterhalten. Bei weiteren Schwierigkeiten sollen Konsequenzen gezogen werden. Diese Konsequenzen könnten sich nur darauf beziehen, daß die Deutschnationalen ihren Austritt aus dem neuen Kabinett vollziehen würden. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen nicht, daß es dazu kommen wird.

Wie wir weiter hören, kommt eine Kandidatur des Herrn v. Schneider-Widau für den Posten des Reichsinnenministers nicht mehr in Frage. Wenn es der Führung der Deutschnationalen heute nicht möglich gelänge, eine Verständigung zwischen ihrem rechten und gemäßigteren Flügel herbeizuführen, so wird das, so erfährt man in parlamentarischen Kreisen, nur auf der Grundlage möglich sein, daß die Kandidatur des Abgeordneten Bergalt Vizekanzler und Reichsinnenminister aufrechterhalten bleibt, und bei einem freiwilligen Verzicht des Abgeordneten Graef eine andere Persönlichkeit für den Reichsjustizministerposten vorgeschlagen werden soll.

Der Kampf um das Reichswehrministerium.

Zentrum gegen Volkspartei.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die „Mittägliche Volkszeitung“ weist die Ansprüche der Deutschen Volkspartei auf das Reichswehrministerium zurück und schreibt: „Es heißt, die Deutsche Volkspartei wolle einen Verzicht auf den dritten Ministerposten nur dann aussprechen, wenn die anderen Parteien bereit seien, gewisse politische Bindungen für die Zukunft zu übernehmen. Diese Forderung scheint darauf hinzudeuten, daß die Deutsche Volkspartei im Falle eines späteren Auscheidens von Gessler Bestig vom Reichswehrministerium ergreifen will. Es erscheint uns nicht gut möglich, daß die anderen Parteien einem solchen Verzicht für die Zukunft anstehen. Dadurch würde die auf der Stärke der einzelnen Fraktionen beruhende Verteilung der Ministerposten ins Schwanken geraten. Wir glauben nicht, daß das Zentrum eine solche Einwilligung geben wird und kann; vielmehr muß man nach wie vor an die ruhige und vernünftige Ueberlegung der Deutschen Volkspartei appellieren, die vorhandenen Schwierigkeiten nicht noch durch eine neue so zu verwickeln, daß schließlich alles zum Scheitern kommt, nachdem es kurz vor dem Abschlusse steht.“